

Stand: 30.04.2026 07:32:15

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/4147

"Vernunft statt Ideologie - für eine Energiepolitik für Unternehmen und Verbraucher"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/4147 vom 28.11.2024
2. Plenarprotokoll Nr. 34 vom 28.11.2024
3. Beschluss des Plenums 19/4234 vom 03.12.2024
4. Plenarprotokoll Nr. 35 vom 03.12.2024



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Kerstin Schreyer, Andreas Schalk, Daniel Artmann, Dr. Stefan Ebner, Dr. Ute Eiling-Hütig, Patrick Grossmann, Petra Guttenberger, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Andreas Kaufmann, Stefan Meyer, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Thomas Pirner, Tobias Reiß, Jenny Schack, Josef Schmid, Sascha Schnürer, Dr. Harald Schwartz, Karl Straub, Steffen Vogel, Josef Zellmeier und Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Felix Locke, Josef Lausch, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Vernunft statt Ideologie – für eine Energiepolitik für Unternehmen und Verbraucher

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die energiepolitischen Weichenstellungen der noch amtierenden Bundesregierung die Strompreise in Deutschland erheblich in die Höhe getrieben haben. Dies wirkt sich auf die Standortbedingungen in Deutschland massiv negativ aus, führt zu Betriebsschließungen und zum Verlust von Arbeitsplätzen. Zentrale und für eine resiliente Wirtschaft dringend benötigte Industriezweige wie die Grundstoffchemie oder die Stahlerzeugung wandern ab.

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Staatsregierung auf, sich gegenüber der Bundesregierung weiterhin dafür einzusetzen, dass im Sinne einer ideologiefreien Energiepolitik jetzt zeitnahe Maßnahmen für Versorgungssicherheit, Netzstabilität und bezahlbare Energiepreise für Unternehmen und Verbraucher auf den Weg gebracht werden. Dazu gehört insbesondere:

- Zur Entlastung aller Unternehmen und von Verbrauchern sind die dauerhafte Absenkung der Stromsteuer auf das EU-rechtliche Minimum, die Einführung eines effizienten Brückenstrompreises für energieintensive Unternehmen sowie die schon versprochenen, aber nicht umgesetzten Bundeszuschüsse zu den Übertragungsnetzentgelten notwendig.
- Zur Gewährleistung der jederzeitigen Stromversorgung sowie zur Sicherung der Netzstabilität ist ein ausbalanciertes System mit grundlastfähigen Energieträgern notwendig. Statt einseitiger, ideologiegetriebener Eingriffe ist die Gestaltung eines klugen, nachhaltigen Energiemixes wichtig, der alle zukunftsfähigen Energieträger mitdenkt: Neben dem Ausbau erneuerbarer Energien (dazu gehören auch Geothermie und Biomasse) und dem Bau von wasserstofffähigen Gaskraftwerken, müssen auch die Erforschung von CO₂-sparenden Technologien wie die Kernfusion oder kleinere, modulare Reaktoren und Mikro-Reaktoren (SMRs) vorangetrieben werden.

Begründung:

Die Abschaltung der letzten drei Kernkraftwerke war nicht nur teuer, sondern zum damaligen Zeitpunkt auch ein großer Fehler. Diese Fehlentscheidung konnte die Bundesregierung bis jetzt nicht korrigieren. Der Stromhandelssaldo Deutschlands wechselte 2023 erstmals seit 2002 vom Exportüberschuss zum Importüberschuss. Es wurden 11,8 Terawattstunden (TWh) mehr Strom importiert als exportiert. Energie ist insbesondere für energieintensive Unternehmen nicht mehr bezahlbar. Viele Unternehmen müssen ihre Produktion drosseln oder sogar ganz einstellen. Die Deindustrialisierung Deutschlands schreitet voran.

Daher brauchen wir eine sichere, bezahlbare und klimafreundliche Energieversorgung, auch für die Souveränität unseres Landes. Die Bundesregierung muss hierfür mit Sofortmaßnahmen die Wirtschaft entlasten und die richtigen Rahmenbedingungen auch für die Zukunft schaffen. Der Dreiklang aus Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Ausbau der Erneuerbaren muss von der Bundesregierung wieder in Einklang gebracht werden. Deutschland darf nicht dauerhaft zu einem Nettostromimporteuer werden.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Florian Köhler

Abg. Franc Dierl

Abg. Florian von Brunn

Abg. Kerstin Schreyer

Abg. Toni Schuberl

Abg. Josef Lausch

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 12** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich nun auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Atompolitische Geisterfahrt beenden! (Drs. 19/4114)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn u. a. und Fraktion (SPD)

Kein Rückschritt in der Energiepolitik: Bremsen für Erneuerbare lösen und Industrie entlasten statt realitätsfremder Atom-Nostalgie! (Drs. 19/4115)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)

Energiepolitische Geisterfahrt beenden - Ja zur sicheren, günstigen und umweltfreundlichen Kernkraft! (Drs. 19/4146)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Felix Locke, Josef Lausch u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Vernunft statt Ideologie - für eine Energiepolitik für Unternehmen und Verbraucher (Drs. 19/4147)

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich nochmals darauf hin, dass die AfD-Fraktion zu ihrem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag namentliche Abstimmung beantragt hat. Ich hatte gerade darauf verwiesen. Die SPD-Fraktion hat zu ihrem Dringlichkeitsantrag nun auch namentliche Abstimmung beantragt. Jetzt beginnt die gemeinsame Aussprache. Ich erteile Herrn Kollegen Martin Stümpfig für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Energiewende im Strombereich brummt. Wir sind dieses Jahr schon bei 60 % Anteil erneuerbarer Energien in der Stromversorgung. Der Ausbau geht kräftig voran. Das verdanken wir der richtigen Weichenstellung von Robert Habeck.

(Lachen bei Abgeordneten der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Mutig, Herr Stümpfig, mutig!)

Während der Wirtschaftsminister im Bund liefert und liefert, machen CSU und FREIE WÄHLER, wie wir heute Morgen vier Stunden lang erleben durften, was sie am besten können: nörgeln, anfeinden und ausbremsen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Geben Sie dem Schubert bitte den Joint zurück! Das tut Ihnen nicht gut!)

Der ganze Radau, den Sie zur Atomenergie veranstalten, ist so durchsichtig, dass da nur eines dahintersteckt: Sie wollen ablenken von Ihrer Energiepolitik, die wie ein Kartenhaus zusammenfällt. Wir haben es heute Morgen erlebt. Wir haben einen Wirtschaftsminister, der fast eine ganze Stunde lang hier stand und keinen Inhalt nennen konnte. Sie wollen mit dieser Atomdiskussion nur von Ihrem eigenen Scheitern ablenken und rutschen dabei immer stärker in einen gefährlichen Populismus ab. Das jüngste Beispiel sind eben diese Thematiken, die Sie dann hochziehen, dass man

Isar 2, das Atomkraftwerk, wieder instand setzen kann. Am Tag nachdem Ministerpräsident Markus Söder das verkündet hat, sagte der PreussenElektra-Chef: Niemals, das ist rum ums Eck. Es wird nie wieder eine Inbetriebnahme geben. – Darum sagen wir hier und heute: Schluss mit dieser atompolitischen Geisterfahrt!

(Beifall bei den GRÜNEN – Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Geisterfahrer sind Sie!)

Sie wissen ganz genau, dass das niemals kommen wird. Das Einzige, was Sie damit bezwecken und machen wollen: Nebelkerzen zünden, irgendwelche Atomfantasien in den Raum stellen und Ihre eigenen Klimaziele, die Sie 2021 mit großem Tamtam beschlossen haben, infrage stellen. Da sagen wir klar: Nein, machen Sie Schluss mit dieser Geisterfahrt, und bekennen Sie sich zu den Klimazielen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es wurden Zahlen genannt: 4 bis 5 Milliarden Euro; mit 4 bis 5 Milliarden Euro würden Sie Isar 2 wieder in Betrieb nehmen können. In vier bis fünf Jahren wäre das machbar. Mich würde von den Rednern nach mir von FREIEN WÄHLERN und CSU wirklich interessieren: Woher kommen diese Zahlen? Wo haben Sie das her, dass das gehen soll, wenn der Betreiber und alle anderen sagen: Never ever, es ist vorbei, das Ganze ist rum ums Eck? – Das würde mich wirklich sehr stark interessieren. Vielleicht noch nebenbei: Woher sollen diese 4 bis 5 Milliarden Euro kommen, die Sie schnell einmal in eine Atomruine stecken wollen? Es ist ganz klar: Das ist keine zukunftsweisende Energiepolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann wird vom Ministerpräsidenten auch noch der Ausstieg aus der Atomkraft mit den Klimazielen verquickt. Da muss man sagen: Das kommt wieder komplett aus dem luftleeren Raum. Wir verfehlen, besser gesagt, Sie verfehlen die Klimaziele in Bayern

nicht deswegen, weil Isar 2 nicht mehr am Netz ist. Zu den CO₂-Emissionen haben wir gestern erst in Fürth die Statistiken bekommen. Der Verkehr ist der größte Bereich mit

(Widerspruch)

über 30 Millionen Tonnen; dann kommt die Wärme, das ist der zweitgrößte Bereich; dann kommt die Landwirtschaft; ganz am Ende kommt der Strombereich. Der Strom, den Isar 2 produziert hat, letztes Jahr 3 Terawattstunden, das Jahr zuvor 10 Terawattstunden, ist mehr als überkompensiert durch den Ausbau der erneuerbaren Energien deutschlandweit. Daher ist diese Verbindung von Atomkraftausstieg und Klimazielen und die Aussage, jetzt kann ich es nicht mehr schaffen, mehr als an den Haaren herbeigezogen. Wir können nur ein klares Nein dazu sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Auch wenn Sie es regelmäßig sagen, es stimmt trotzdem nicht!)

Ich komme später noch zu den Stromimporten. Mir geht es erst mal um den Begriff. Ihr Fraktionschef, Herr Holetschek, ist jetzt nicht mehr da. Aber heute Morgen war es wieder einmal so: Sie hantieren gerne mit diesen politischen Kampfbegriffen wie "Ideologie". Das war seine große Rede. Aber vor all unser Augen zelebrieren Sie eine Atomideologie, die ihresgleichen sucht. Da macht Ihnen niemand etwas vor. Da würde ich sagen: Eine kleine Prise Realismus würde nicht schaden, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, um hier pragmatische Lösungen zu finden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese pragmatischen Lösungen legen Sie eben nicht vor. Wo sind denn die Pläne, wo wir sagen könnten: Okay, wir haben den Ausbau, wir in Bayern machen einen modernen Kraftwerkspark usw? Sie wollen hier nur billig Wählerstimmen einsammeln. Sie verunsichern durch Ihre unbelegten Forderungen die Bevölkerung in Bayern.

Schauen wir uns die zwei Punkte einmal an, zuerst Rückbau von Isar 2: Ich habe es gerade schon erwähnt, da haben Sie letzte Woche eine gewaltige Bauchlandung hin-

gelegt. Diese Woche im Kabinett ist es auf einmal Herr Staatsminister Florian Herrmann, der über Small Modular Reactors, also über kleine Atomkraftwerke spricht, danach gleich noch einmal im Duett der Wirtschaftsminister Aiwanger, der über diese Technologie spricht.

Da kann ich nur klar sagen: Es ist nichts da, Herr Herrmann. Es ist überhaupt nichts da. Wenn Sie mal nach Frankreich schauen, das Sie erwähnt haben: Diese Milliarden, die man dort schon in die Grundlagenforschung hineingesteckt hat, haben nichts ergeben, was vielleicht über einen Plan hinausgeht. Es ist nada, de nada. Es ist wirklich nichts vorhanden. Ihre Energiepolitik fußt auf irgendetwas, aber nicht auf Realismus. Das sind wirklich nur teure Wunschträume. Da können wir von unserer Seite nur ein klares Nein sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir würden uns wünschen, dass Sie einfach einmal auf die Expertinnen und Experten hören. Sie haben im Wirtschaftsausschuss ein Expertengespräch beantragt. Dieses fand vor drei, vier Wochen statt. Dort war Prof. Schlögl anwesend, der das Expertengremium leitet. Er hat zur Kernfusion ganz klar gesagt: Die Kernfusion ist ein Marathon. Jeder Kilometer dieses Marathons entspricht einem Jahr. Wir sprechen also über mehr als 40 Jahre. Um solche Zeiträume geht es. Wir sind jetzt am Ende des Jahres 2024. Addieren wir 40 Jahre hinzu, sind wir im Jahr 2065. Bis dahin müssen wir in Deutschland, in Bayern und auch weltweit schon längst unsere Hausaufgaben beim Klimaschutz gemacht haben; denn die Klimakrise wartet nicht auf Sie. Wir brauchen die Lösungen viel früher.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben in Ihrem Nachzieher die Strompreise aufgeführt, Kolleginnen und Kollegen von der CSU. Ich weiß nicht, welche Statistiken Sie sich ansehen. Sehen Sie sich die Statistik des BDEW, des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft an. Man kann ganz klar sehen, dass die Industriestrompreise in den Jahren 2018 bis

2020, also vor dem Überfall Russlands auf die Ukraine, bei 17 bis 18 Cent pro Kilowattstunde lagen. Während der Energiekrise gab es einen enormen Peak – ganz klar. Da waren wir bei über 40 Cent. Jetzt, im Jahr 2024, liegen die Industriestrompreise aber unter dem Vorkriegsniveau. Wir sind jetzt bei 16,5 Cent – Sie können gerne nachsehen; den BDEW findet man relativ schnell –, auch weil Robert Habeck die EEG-Umlage komplett gestrichen hat, wodurch sich der Strompreis vergünstigt hat. Es gibt viele neue Vorschläge auch des Bundeswirtschaftsministers in dieser Richtung. Sie müssen einfach anpacken und zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Martin Wagle (CSU): Zum Untergang!)

In Ihrem Nachzieher werden auch die Stromimporte thematisiert; auch der Kollege hat das gerade dazwischengerufen. Im Jahr 2023 hatten wir in Bayern Stromimporte in Höhe von 20 Terawattstunden. Sie können sich die Schätzbilanz des Leipziger Instituts gerne ansehen. Es waren 20 Terawattstunden. Das wird von Jahr zu Jahr mehr. Deutschlandweit hatten wir Stromimporte in Höhe von 10 Terawattstunden. Sie kritisieren in Ihrem nachgezogenen Antrag die Stromimporte Deutschlands. Diese sind von Ihnen verschuldet, weil Sie in Bayern die Hausaufgaben nicht gemacht haben. Der Stromimport Deutschlands reicht nicht einmal. Der Strom muss aus dem Ausland und noch einmal die gleiche Menge oben drauf von den anderen Bundesländern kommen, weil Bayern seine Hausaufgaben beim Ausbau der Windkraft, beim Ausbau der Stromnetze nicht macht.

(Michael Hofmann (CSU): Sie werfen uns das jetzt vor? Das ist doch eine Frechheit! Geben Sie Ihr bayerisches Mandat zurück!)

Das ist selbst verschuldet. Dazu kann man nur sagen: Das Versagen Bayerns zieht Deutschland massiv nach unten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei den Debatten, woher denn der Strom kommt, frage ich mich schon: Haben Sie den europäischen Strommarkt immer noch nicht verstanden? Wenn in anderen europäischen Ländern der Strompreis günstiger ist, wenn dort Strom billiger als bei uns produziert werden kann, weil wir vielleicht Gaskraftwerke oder Kohlekraftwerke anwerfen müssen, wird der Strom aus den Nachbarländern importiert. Zu 90 % kam er letztes Jahr aus den skandinavischen Ländern, weil diese den Windstrom oder den Wasserkraftstrom billiger produzieren können. Das heißt aber nicht, dass wir auf diesen Strom angewiesen wären. Das heißt nur, dass wir ihn in Deutschland teurer produzieren müssten. Man sollte die Zusammenhänge ein wenig verstehen. Bei Ihren Energieanträgen fehlt mir das komplett.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn es Ihnen ernst mit den Menschen draußen ist, die sagen, wir, die Handwerksbetriebe, die Industrie, brauchen eine sichere, klimafreundliche Energieversorgung, dann unterstützen Sie das Inkrafttreten des Kraftwerkssicherheitsgesetzes des Bundes, das gerade in die Länderanhörung geht. Robert Habeck hat es weitergeleitet, und jetzt liegt es bei Ihnen. Darin stehen zum Beispiel Sachen wie neue Gaskraftwerke, neue Wasserstoffkraftwerke und zusätzliche Speicher. Das alles ist jetzt in der Länderanhörung. Das ist ein starkes Gesetz, das gerade für uns – ich habe es gerade erwähnt: 20 Terawattstunden Stromimporte in Bayern – enorme Vorteile hat. Reden Sie also nicht immer, schimpfen Sie nicht immer, sondern packen Sie an und stimmen Sie zum Beispiel diesem Kraftwerkssicherheitsgesetz zu.

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Sie betreiben gerade ein Spiel auf Zeit, Herr Kollege! – Felix Locke (FREIE WÄHLER): Einfach die Redezeit herunterrattern!)

Wenn ich draußen im Lande die Unternehmen besuche, stelle ich immer wieder die jahrelange Blockade der Windkraft und des Netzausbaus fest. Darunter leiden alle. Robert Habeck hat viele Knoten durchschlagen. Wir müssen noch weiter gehen.

Was wir hier in Bayern definitiv nicht brauchen, sind ein Atomministerpräsident Söder und ein Wasserstoffminister Aiwanger. Das brauchen wir nicht. Wir brauchen Versorgungssicherheit, saubere Energien und eine bezahlbare Stromversorgung. Weil das Leben bei uns in Bayern schön ist, weil wir es lieben, wollen wir es auch schützen. Deswegen brauchen wir jetzt endlich einmal einen effektiven Klimaschutz.

Damit komme ich zum Schluss.

(Michael Hofmann (CSU): Sie haben noch neun Minuten!)

Sie haben immer noch nicht verstanden, welch drängendes Problem die Klimakrise darstellt. Haben Sie diese Woche die Meldungen zum Golfstrom und zur Atlantischen Umwälzzirkulation – diese wird AMOC genannt – gehört? Die Abschwächung ist deutlich stärker, als die Forscherinnen und Forscher prophezeit haben. Die Entwicklung ist dramatisch. Wir haben eine deutliche Abschwächung des Golfstroms. Das heißt, wir haben nicht mehr Jahrzehnte Zeit, bis vielleicht einmal die Fusionsreaktoren, bis die SMRs oder irgendwelche anderen Techniken kommen. Wir müssen jetzt handeln.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Ist das eine eigene Regierungserklärung, oder was?)

Bayern ist wirklich gefragt, anzupacken, einen Energieplan aufzustellen und diesen durchzuziehen, statt immer nur lange zu reden,

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): 14 Minuten zu einem Dringlichkeitsantrag zu reden, muss man erst einmal schaffen!)

statt nur großes Blabla. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): So schießt man den Ball weit über das Tor!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es liegen zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor. Die erste kommt von Herrn Abgeordneten Köhler, AfD-Fraktion.

Florian Köhler (AfD): Sehr geehrter Herr Stümpfig, Sie behaupten ja – das haben Sie auch jetzt wieder vertreten –, dass die Stromversorgung in Deutschland ohne den Import von Strom aus Kernkraftwerken sicher sei. Dazu hätte ich drei Fragen an Sie.

Stimmt es, dass direkt nach dem Abschalten der letzten drei Kernkraftwerke im April 2023 Deutschland vom Nettostromexporteur zum Nettostromimporteur geworden ist? Das ist die erste Frage.

Meine zweite Frage: Stimmt es, dass Kernkraft nach Wasserkraft den größten Anteil an den Stromimporten in Deutschland ausmacht?

Jetzt die dritte Frage: Stimmt es, dass Robert Habeck am 8. August 2022 einen geheimen Bettelbrief – so würde ich ihn bezeichnen – an die französische Energieministerin schickte, in dem er sie quasi angebettelt hat, 40 bis 50 Gigawatt an Kernkraftstromkapazitäten für Deutschland bereitzuhalten, um die Abschaltung der deutschen Kernkraftwerke auf Grundlage französischer Zusagen zu rechtfertigen?

Martin Stümpfig (GRÜNE): Wenn Sie in den letzten Jahren die Situation auf dem Energiemarkt etwas verfolgt hätten, könnten Sie Ihre Fragen selber beantworten.

(Florian Köhler (AfD): Aber es stimmt!)

Sie wissen, dass Frankreich über 50 Atomreaktoren hat, dass aber über die Hälfte davon nicht mehr am Netz war. Diese sind alle ausgefallen, gerade in der Zeit, wo ein Strommangel herrschte. Sie sind alle ausgefallen. Dann war die Situation so, dass wir aus Deutschland massiv nach Frankreich exportiert haben, um die Energieversorgung im Atomstromland Frankreich sicherzustellen.

Zum Brief: Das können Sie gerne nachlesen; das ging heute gut durch die Presse. Deshalb ist es dramatisch, dass Sie eine solche Frage stellen müssen. Die Anfrage von Robert Habeck war, inwieweit die Atomreaktoren in Frankreich wieder am Netz sind, um die französische Stromversorgung sicherzustellen. Das war die Anfrage.

(Lachen bei der AfD)

Sie können gerne in die Energiebilanzen blicken. 2023 hatten wir mit Frankreich eine ausgeglichene Bilanz. 2022 waren wir Exporteur. Ich habe es gerade schon gesagt: Wenn Bayern seine Hausaufgaben gemacht hätte, –

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Stümpfig, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Martin Stümpfig (GRÜNE): – müsste Deutschland noch viel weniger importieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Wir haben noch eine zweite Zwischenbemerkung, und zwar von Herrn Kollegen Franc Dierl, CSU-Fraktion.

Franc Dierl (CSU): Herr Kollege Stümpfig, Ihnen ist sicher bekannt, dass das grün geführte Umweltbundesamt damals eine Studie in Auftrag gegeben hat, die bewerten sollte, wie klimaschonend Atomkraftwerke sind, die bewerten sollte, wie mit Brennstäben umgegangen wird. Diese Studie wurde damals übrigens mit 250.000 Euro gefördert.

Nun erklären Sie mir einmal, wie es zustande kam, dass das grün geführte Umweltministerium in einer Leiterrunde intern Druck ausgeübt hat und, bevor die Studie überhaupt zu einem Ergebnis kam, beschlossen hat, dass die Studie so ausgehen müsse, dass sie negativ aussieht. Erklären Sie mir das bitte einmal.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Das ist Ihre Interpretation.

(Lachen bei der AfD)

Ein Ministerium muss sich natürlich Informationen holen.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Das wurde breit diskutiert. Es gibt jetzt auch eine Anhörung im Bundestag dazu. Das Ganze ist also transparent.

(Zuruf von der AfD)

So werden Sie feststellen, dass hier ganz genau abgewogen wurde: Wie schaut es denn aus, wie lange ist das noch machbar? Es ist halt nicht so, dass man einen Atomreaktor, wenn die Brennstäbe teilweise schon stark oder weniger stark abgebrannt sind,

(Zuruf: Abgebrannt sind wir ja ständig!)

mal schnell hin und her gruppieren kann. Die Situation ist doch hoch komplex.

Von daher gesehen würde ich mich wirklich hüten – ich bin da nicht der Experte, Sie auch nicht –, schnell mal zu sagen: Ah ja, die hätten ja noch soundso lange weiterlaufen können.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Unsere Atomreaktoren sind allesamt schon über ihrer Lebenszeit gewesen. Deswegen haben Sie damals den Atomausstieg beschlossen. Man kann bei solchen Technologien nicht einmal so und zwei Jahre später so sagen. Man muss dann schon mal klar sagen: Das ist unser Plan. – Aber Sie tun sich verdammt schwer, mal irgendwo eine Linie zu halten. Wir tun das.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Stümpfig.
– Nächster Redner ist Herr Kollege Florian von Brunn für die SPD-Fraktion.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrte Damen und Herren! Ja, ich habe mich auch gefragt, warum CDU/CSU und FREIE WÄHLER unbedingt ein totes Pferd reiten wollen, also die Atomkraft.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Sie kandidieren ja auch wieder!)

Markus Söder hat ja vor zehn, zwölf Jahren noch erklärt, er würde als Umweltminister zurücktreten, wenn man nicht aus der Atomkraft aussteige. Was bringt Sie dazu, jetzt das Gegenteil zu fordern? Denn es hat sich ja nichts geändert.

(Lachen und Widerspruch bei Abgeordneten der CSU)

Die Gefahren der Atomkraft sind genauso da wie vorher. Natürlich hat sich die Situation geändert, was Russland angeht. Da gebe ich Ihnen recht. Aber die Gefahren der Atomkraft sind genauso da wie vorher. Die Endlagerfrage ist genauso wenig gelöst wie vor 10, 15 Jahren.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Ferdinand Mang (AfD))

Was den Unterschied heute macht, ist, dass die Betreiber, E.on, RWE und PreussenElektra als Tochterfirma von E.on, sagen: Wir wollen das gar nicht mehr. Wir sind dabei, die Dinger zu demontieren. Der Geschäftsführer von PreussenElektra, Guido Knott, hat mit Blick auf Isar 2 gesagt, dass niemand geholfen wäre, wenn wir jetzt fünf Jahre lang versuchten, ein altes Kraftwerk wieder in Betrieb zu setzen. In dieser Zeit müsste man andere Investitionen tätigen, um die Energiewende zum Fliegen zu bringen. Das ist doch der Punkt, ganz ehrlich gesagt.

Wissen Sie, was Sie in dieser ganzen Debatte, wenn Sie über Ideologie und Vernunft reden, nie sagen? – Atomkraft rechnet sich nicht. Wir sind bei den erneuerbaren Energien bei Sonne und Wind inzwischen bei Gestehungskosten von 3 bis maximal

8 Cent. Bei der Atomkraft sind wir bei 12 bis 15 Cent. Da komme ich zum Beispiel zu dem neuen französischen Atomkraftwerk in Flamanville. Die Franzosen müssen ihre Strompreise 2026 massiv anheben, um 60 %, und trotzdem subventionieren sie es noch. Der französische Rechnungshof kritisiert das ganz massiv. 12 Cent betragen die Gestehungskosten für den französischen Atomstrom, und viele andere Kosten fließen da noch gar nicht rein. Übrigens gab es bei dem Bau dieses Atomkraftwerks eine Kostenexplosion ohne Ende.

Hinkley Point C in Großbritannien kostet inzwischen 50 Milliarden Euro, und dort soll der Atomstrom dann in der Gestehung 15 Cent und mehr kosten. Wie wollen Sie das denn noch betriebswirtschaftlich vertreten?

Ich kann mich noch erinnern, dass Sie hier immer das finnische Atomkraftwerk als Beispiel angeführt haben. Aber die Finnen müssen das immer wieder abschalten, weil ihre eigene Wasserkraft wesentlich günstigeren Strom produziert, sodass es sich gar nicht lohnt.

Was müssen wir also tun? – Wir müssen die Bremsen für die erneuerbaren Energien lösen, vor allem für die Windkraft in Bayern. Es kann doch nicht sein – und das hat mich schon gewundert, dass Herr Aiwanger dazu heute gar nichts gesagt hat –, dass im letzten Jahr netto nur fünf Windräder in Bayern gebaut worden sind – nur fünf im größten Flächenland der Bundesrepublik Deutschland! In diesem Jahr, bis zum 31. Oktober 2024, war der Nettozubau an Windrädern null. Was macht der Wirtschaftsminister, der für Energie zuständig ist? Was macht er, damit es endlich weitergeht bei der Windkraft? – Ich habe dazu heute gar nichts gehört.

Das ist deswegen so wichtig, weil die Windkraft dreimal effizienter ist als die Photovoltaik, weil der Wind eben auch dann liefert, wenn die Sonne nicht scheint, in der Nacht oder jetzt, wenn Sie rausschauen, im Winter, wenn es dunkel ist, wenn es kalt ist.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Was ist, wenn der Wind nicht weht? Dann ist es immer noch nicht grundlastfähig!)

Wir holen aus einem Megawatt installierter Leistung Windkraft dreimal so viel Energie heraus wie aus der Photovoltaik. Deswegen müssen wir da endlich weiterkommen. Übrigens auch bei dem anderen Thema – ich glaube, da teilen wir die Problemanalyse –, dass wir die Industrie, das produzierende Gewerbe, entlasten müssen, um Arbeitsplätze in Bayern und in Deutschland zu sichern. Die Vorschläge der Bundesregierung liegen auf dem Tisch. Wir haben es noch mal in den Antrag reingeschrieben. Lassen Sie uns gemeinsam die Netzentgelte deckeln. Lassen Sie uns dafür Geld in die Hand nehmen, und lassen Sie uns die Stromsteuersenkung, die wir schon gemacht haben, noch mal ausweiten auf mehr Unternehmen. Lassen Sie uns die verlängern. Es ist absolut sinnvoll, diese Initiative der Bundesregierung zu unterstützen, statt ständig zu krakeelen und nach alten Technologien zu rufen, die keine Alternative sind.

(Beifall bei der SPD)

Wissen Sie – Herr Stümpfig hat es ja schon angesprochen –, Sie kommen dann mit der Kernfusion. Die Kernfusion ist im Moment noch Zukunftsmusik. 50 Jahre wird es dauern, bis vielleicht – vielleicht! – ein Kernfusionsreaktor arbeiten wird. Übrigens gilt auch für Small Modular Reactors, SMR, dass es nirgendwo Reaktoren gibt, die wirklich im Regelbetrieb sind. China hat so einen kleinen Reaktor, Russland hat so einen kleinen Reaktor. Es gibt keine Serienproduktion. Wir wissen nicht, ob es wirklich billig ist. Wir wissen nicht, ob es wirklich gut funktioniert. Aber man kann schon mal die Frage stellen, ob es die Gefahr nicht vervielfacht, wenn Sie dann überall kleine Atomkraftwerke haben, auch die Gefahr der Proliferation von Uran. Die Amerikaner haben NuScale gerade, im letzten Jahr, beendet. Das war das Experiment, für das die vorherige Regierung Trump 1,4 Milliarden Dollar zusätzlich gegeben hat, weil die Kosten explodiert sind. Der Reaktor NuScale, dieser kleine Reaktor, hätte fast halb so viel gekostet wie Flamanville, das große neue französische Atomkraftwerk. Es lohnt sich also auch in dieser Beziehung nicht.

Da ich weiß, dass die Kollegen von der CSU öfter auch gegen die Windkraft sind: Meinen Sie, die Leute wollen kleine Atomkraftwerke in der Nachbarschaft stehen haben, wenn sie schon gegen Windräder sind?

(Zuruf des Abgeordneten Ferdinand Mang (AfD))

Glauben Sie doch nicht, dass Sie das hier irgendwo durchsetzen können, und beerdigen Sie so absurde Ideen.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie Ihre Retroträume von der Atomkraft, Ihre realitätsfremde Atomnostalgie. Was wir in Wirklichkeit brauchen – und daran sollten wir uns machen, und deswegen brauchen wir auch ein Gutachten, um die Bremsen in Bayern zu identifizieren –, ist: Wir brauchen einen schnellen Ausbau von erneuerbarer Energie, von Windkraft, von Speichern, für bezahlbare und saubere Energie für unsere Industrie, für das Handwerk, für die Bürgerinnen und Bürger. Das, genau das, ist Vernunft statt Ideologie, und nicht das, was Sie fordern.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege von Brunn. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Köhler für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Florian Köhler (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ja, die SPD und die GRÜNEN – –

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Köhler, darf ich Sie ganz kurz unterbrechen? Entschuldigen Sie bitte. Ich möchte noch bekannt geben, dass auch die Fraktionen von CSU und FREIEN WÄHLERN zu ihrem Antrag namentliche Abstimmung beantragt haben. Dann können wir die Viertelstunde einhalten, und Sie bekommen noch einen Schluck Redezeit obendrauf. Bitte sehr.

Florian Köhler (AfD): Das finde ich super. – Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die SPD und die GRÜNEN haben sich doch mal wieder abgesprochen: Der eine spricht von Atomnostalgie, die anderen sprechen von einer atompolitischen Geisterfahrt. Liebe GRÜNE, ernsthaft, also gerade Sie sollten wirklich nicht über Geisterfahrer sprechen. Sie sind ja selbst der größte Geisterfahrer hier in Deutschland.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der AfD: Bravo! – Johannes Becher (GRÜNE): Intellektuell war das jetzt sehr herausfordernd, Herr Kollege! Ich bin gespannt, ob da noch irgendein Inhalt kommt!)

– Ja, ich mache es sogar so, dass Sie es verstehen: Geisterfahrer:in.

(Heiterkeit bei der AfD – Unruhe bei den GRÜNEN)

Der einzige Unterschied, warum vor Ihnen nicht im Radio gewarnt wird: Die GRÜNEN fahren halt mit dem Lastenrad und sind nicht auf der Autobahn unterwegs. Das ist der einzige Unterschied.

(Johannes Becher (GRÜNE): Wir werden auch nicht vom Verfassungsschutz beobachtet! Das ist der Unterschied!)

Sie haben den Leuten immer eingeredet, die Energiewende koste jeden Bürger nur eine Kugel Eis pro Monat. Als Jürgen Trittin das gesagt hat, lag der Preis für eine Kugel Eis bei einem Euro. Das war damals schon eine astreine Lüge. Der Kinderbuchautor und neuerdings auch Küchentischexperte Robert Habeck erzählt jetzt, dass die Menschen die Stromkosten alleine bezahlen müssten, wenn man die grüne Politik rückabwickeln würde. Das sei eine teure Tasse Tee. Oder man gibt die Klimaschutzziele auf. Das sei eine noch teurere Tasse Tee. Ich merke, das grüne Bullshit-Bingo wurde von der Kugel Eis auf eine teure Tasse Tee erweitert. Dabei verheimlichen Sie, dass die Energiewende ein Milliardengrab ist und die erneuerbaren Energien insgesamt nur ein Fünftel des gesamten Energiebedarfs decken können.

Findige Journalisten haben gestern oder vorgestern herausgefunden, dass im renommierten Hotel Adlon in Berlin eine Tasse Tee, egal welcher Sorte, 12,90 Euro kostet. Merken Sie sich diesen Preis von 12,90 Euro.

(Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

Laut dem Bundesrechnungshof ist die Energiewende mit massiven Kosten verbunden. Weitere Preissteigerungen sind absehbar. Die Bundesnetzagentur und andere Institute schätzen, dass die Energiewende bisher 500 Milliarden Euro gekostet hat. Allein für den Ausbau der Stromnetze, so schätzt der Bundesrechnungshof, werden bis 2045 Investitionen in Höhe von mehr als 460 Milliarden Euro notwendig sein. Ich habe vorhin mit 500 Milliarden Euro folgende Rechnung aufgestellt: 500 Milliarden Euro geteilt durch 82 Millionen Menschen in Deutschland. Was kommt raus? – Ein bisschen mehr als über 6.000 Euro pro Kopf. Das ist ein bisschen mehr als eine Kugel Eis und ein bisschen mehr als eine Tasse Tee im Hotel Adlon, liebe GRÜNE. Jetzt haben wir diese idiotischen Klimaziele aber trotzdem. Trotzdem ist die Energiewende wesentlich teurer als eine teure Tasse Tee im Hotel Adlon.

Ganz ehrlich: Robert Habeck und Sie verbreiten schlicht und ergreifend Fake News. Wessen Geld ist das, was Sie ankündigen, den Bürgern hinterherzuwerfen, um die Strompreise zu deckeln? – Das ist nicht das Geld des Staates, sondern es ist das Geld der Bürger, das Geld der Steuerzahler. Ich frage: Wieso lassen Sie den Bürgern nicht einfach mehr Geld in der Tasche, anstatt solche Steuergeschenke zu machen?

Liebe SPD, auch Ihrem Antrag schenke ich einen Satz: Irren ist menschlich, immer irren, ist sozialdemokratisch.

(Beifall bei der AfD – Zurufe der Abgeordneten Anna Rasehorn (SPD) und Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER))

– Frau Schmidt, ich würde an Ihrer Stelle kleinere Brötchen backen, nach dem, was Sie heute hier abgeliefert haben.

(Widerspruch bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der SPD)

Unser Nachzieher ist der Gegenentwurf – –

(Zurufe von den FREIEN WÄHLERN)

– Ja, ja.

Unser Nachzieher ist der Gegenentwurf zum roten und grünen Elfenbeinturm. Die Staatsregierung sollte sich auf Bundesebene insbesondere im Fall einer vorgezogenen Bundestagswahl im Februar 2025 für eine Änderung des Atomgesetzes einsetzen, um den umfassenden Wiedereinstieg Deutschlands in die Kernkraft zu ermöglichen. Die Staatsregierung soll einen Masterplan Kernspaltung entwickeln und umsetzen. Ziel ist es, Bayern durch finanzielle, administrative und politische Fördermaßnahmen wieder zu einem führenden internationalen Zentrum für Ausbildung, Forschung und Entwicklung im Bereich der Kernspaltung zu machen.

Zum Masterplan Kernfusion: Der Experte Prof. Dr. Robert Schlögl, der Vorsitzende der Expertenkommission Kernfusion, hat vorgeschlagen, auf dem Gelände des Kernkraftwerks Isar 2 einen Kernfusionsforschungsreaktor zu errichten. Dieses Vorhaben könnte im Rahmen des Masterplans Kernfusion gefördert werden und die Innovationskraft Bayerns in der Nukleartechnik langfristig sichern.

Im Falle einer Regierungsbeteiligung der CDU/CSU nach der Bundestagswahl 2025 hätte eine Änderung des Atomgesetzes zur Wiederaufnahme der Kernkraft nur mit den Stimmen der AfD im Bundestag eine Mehrheit, wenn man nach den Umfragen geht. Aber die Union hätte auch jetzt schon im Bundestag mit den Stimmen der AfD und der FDP eine Mehrheit. Aber wieder mal ist den Schwarzen die Brandmauer wichtiger als das Wohl Deutschlands. Wir lehnen die Anträge der geisterbahnfahrenden Fraktionen ab und bitten um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die nächste Rednerin ist die Kollegin Kerstin Schreyer für die CSU-Fraktion.

Kerstin Schreyer (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ehrlich gesagt war ich gespannt, was die GRÜNEN vortragen. Herr Stümpfig, ich muss wirklich sagen: Ja, wir leben in zwei verschiedenen Welten. Ich finde es spannend, wie Sie darstellen, dass Robert Habeck Erfolg gehabt habe. Ich finde das wirklich spannend. Sieht man sich einmal seine Bilanz an, muss man sagen: Sie werden mit dieser Regierung in die Geschichte eingehen, und zwar als schlechteste Bundesregierung, die es je in Deutschland gegeben hat.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich gehe aber auch gerne auf die Inhalte ein, die Sie gebracht haben. Sie erzählen vollmundig, dass die Kraftwerkstrategie jetzt bei den Ländern liege. Eine Ewigkeit lang hat der Bund hin und her überlegt, wie er es aufsetzt. Wie oft haben wir in Bayern gesagt, dass wir gerne eine Strategie hätten. Jetzt brüsten Sie sich, dass es bei den Ländern liegt? Im September 2024 wurde das vorgelegt. Am 22.11.2024 erst wurde die Ressortanhörung und Verbändeanhörung durchgeführt. Jetzt fordern Sie die Länder und Verbände auf, plötzlich schnell zu sein, nachdem Sie es ewig lang vertrittschelt und vergeigt haben und nachdem Sie die Länder daran gehindert haben weiterzumachen. Jetzt sagen Sie, jetzt sollen wir mal schnell handeln. 22.11.2024! Schauen Sie mal in den Kalender. Ich frage mich, wie Sie so vollmundige Reden schwingen können.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

Frau Schulze hat heute früh gesagt, der Bundestag soll jetzt alles Mögliche noch entscheiden. Ich finde das spannend; denn das heißt, dass Sie Ihre Dinge dreieinhalb Jahre lang nicht auf die Reihe gekriegt haben. Jetzt soll man aber innerhalb von zwei Monaten alles kurzfristig entscheiden und alles durchwinken, obwohl Sie bis zum re-

gulären Wahltag nichts mehr auf die Kette gekriegt hätten. Ich kann Ihnen versichern: Wir werden hinschauen, damit Deutschland keinen Schaden nimmt. Wir werden aber mit Sicherheit nicht innerhalb von zwei Monaten all die Arbeit, die Sie nicht erledigt haben, erledigen. Das machen wir dann alles hoffentlich ab dem 23. Februar 2025, und zwar in der Konstellation, mit der man vernünftig arbeiten kann.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf der Abgeordneten Anna Rasehorn (SPD))

Heute Morgen habe ich die Kollegin Katharina Schulze gefragt. Auf solche Punkte gehen Sie hier aber nicht ein. Die Kollegin musste einräumen, dass Sie selbst der Auffassung war, dass man E-Autos weiter fördern soll, obwohl der Bundestag entschieden hatte, dass man die E-Autos nicht weiter fördert. Dann sind die Neuzulassungen um 29 % eingebrochen. Ja, Welch ein Wunder! Wenn die Förderung eingestellt wird, wird der Absatz von E-Autos einbrechen. Danke an Rot-Grün. Ein herzliches Dankeschön, dass Sie offensichtlich mit Herrn Lindner gemeinsam entschieden haben, dass der Kauf von E-Autos nicht mehr gefördert wird. Vielen Dank!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Die GRÜNEN dürfen sich aber auch gerne an der finnischen Ministerin ein Beispiel nehmen. Diese hat nämlich gesagt: Die Atomkraft gehört zu den erneuerbaren Energien, sie ist ein Teil davon; sie sieht in ihnen durchaus eine Möglichkeit, die erneuerbaren Energien auszuweiten. Ich bin meiner Fraktion und den FREIEN WÄHLERN sehr dankbar, dass wir die Dinge open minded angehen. Wir können es uns in der Energiefrage aktuell nicht leisten, die Kernkraft auszuschließen und die Kernfusion auszuschließen. Nein, wir müssen die Forschung vorantreiben. Wir müssen schauen, wo etwas geht. Wenn der Ministerpräsident sagt, er möchte gerne überlegen, inwieweit man den Rückbau stoppen kann, muss man das doch zumindest anschauen. Die Atomaufsicht im bayerischen Umweltministerium sagt: Ja, man kann das alles grund-

sätzlich wieder zurückentwickeln. Dann muss man es aber doch auch zumindest anschauen. Es kann doch nicht sein, dass man einfach sagt: Das geht nicht, das gibt es nicht, obwohl Fachstellen anderer Auffassung sind. Dass Sie das kritisieren, liebe GRÜNE, zeigt, dass Sie Schnappatmung bekommen, sobald das Wort "Atom" verwendet wird. Diese Reaktion stammt aus Ihrer Gründungszeit; die Gesellschaft ist aber schon weiter, nur Sie sind es noch nicht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zurufe der Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE) und Johannes Becher (GRÜNE))

Ich räume jetzt mit der Mär auf, dass Bayern nicht vorne wäre. Wir sind bei der Biomasse auf Platz eins deutschlandweit. 63 % der Wasserkraft in Deutschland entsteht in Bayern. Bei Photovoltaikanlagen tragen wir ein Viertel aller 16 Bundesländer bei.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Stümpfig (GRÜNE))

Beim Wasserstoff sind wir auf einem guten Weg. Wenn ich die Geothermie noch hinzunehmen darf, da sind wir bei 80 %. Wo bitte schön ist Bayern dann hintendran? Bayern ist überall vorne mit dabei. Bayern ist leistungsstark.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Um Herrn von Brunn die Meldung zu einer Zwischenbemerkung zu ersparen, erwähne ich: Ja, bei der Windkraft sind wir im Ländervergleich nur auf Platz acht. Das möchte ich nicht leugnen. Allerdings bleibe ich dabei: Ich glaube, dass am Münchner Marienplatz weniger Wind weht als an der Nordsee.

(Johannes Becher (GRÜNE): Bayern ist mehr als nur der Marienplatz!)

Deswegen planen wir das Ganze so, wie es gescheit ist. Wir investieren dort in die Windkraft, wo es klug ist, und nicht überall.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Heute Morgen musste ich allerdings besonders schmunzeln. Herr Stümpfig, Sie haben das wiederholt: "Verlässliche" und "zuverlässige Politik" – das ist doch genau das, was uns die Unternehmer jeden Tag sagen, und natürlich die Unternehmerinnen genauso: Wir hätten gern endlich wieder verlässliche Politik. Wir brauchen zuverlässig den Strom. Wir müssen wissen: Was kostet es? – Wir können nicht von Kabinettsitzung zu Kabinettsitzung in Berlin zittern, ob sich denn irgendetwas wieder ändert. Unternehmen funktionieren so nicht. Es muss Klarheit geben: Wo laufen wir hin? Was wird geplant? – Die muss es am besten für vier Jahre und nicht nur für vier Wochen, wenn überhaupt, geben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Genau diese unzuverlässige Politik des Bundes hat doch dazu geführt, dass die Unternehmen überlegen, inwieweit sie im Ausland investieren. Einige Ausschüsse waren jetzt im Ausland: Egal wo Sie hingehen, es sind viele Deutsche, die sagen: Ich gehe lieber ins Ausland, da habe ich zuverlässige Politik, da weiß ich, wie es mir geht. – Genau das macht es so bitter. Dank der Bundesregierung haben wir eine schleichende Deindustrialisierung und einen schleichenden Abbau des Mittelstandes. Das haben Sie in Berlin zu verantworten, die so regiert haben, damit unsere Wirtschaft endlich in große Schwierigkeiten kommt – danke schön, Bundesregierung.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich fasse zusammen: Wir haben die schlechteste Bundesregierung, die wir je hatten. Die Energiewende ist an die Wand gefahren worden, und ich möchte nicht wissen, wie viele Jahre die nächste Bundesregierung brauchen wird, um dieses Deutschland wieder so vorwärts zu bringen, dass wir endlich wieder etwas Gutes hinbekommen. Die Gesetze, zum Beispiel das Heizungsgesetz, musste die Regierung gleich noch zurücknehmen, weil sie nicht in der Lage war, ein ordentliches Gesetz einzubringen. Die Bundesregierung hat einen verfassungswidrigen Haushalt aufgestellt. Ich habe das noch nie gehört, dass das jemals schon in Deutschland vorgekommen ist. Allein das

wäre schon ein Rücktrittsgrund gewesen, wenn man irgendwie noch für dieses Land verantwortlich ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Am allermeisten werfe ich Ihnen aber vor: Mit dieser Politik, die die Bevölkerung nicht will, haben Sie die extremen Kräfte ganz rechts und ganz links gestärkt. Vielen Dank dafür, dass Sie Kräfte stärken, die ich in meinem demokratischen Empfinden nicht haben möchte. Ich kann Ihnen nur sagen: Ich wünsche mir sehr, dass die Bevölkerung dem Herrn Habeck den Wunsch erfüllt. Er darf gerne am Küchentisch bleiben, und wir gehen wieder auf die Regierungsbank.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Bitte bleiben Sie am Mikrofon, Frau Schreyer. – Es gibt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Toni Schuberl, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Toni Schuberl (GRÜNE): Frau Schreyer, wir hatten die schlechteste Opposition aller Zeiten im Bund. Es gab keinen einzigen Haushaltsantrag. Das muss man sich einmal vorstellen. Keine Oppositionspartei hier im Hause, würde das wagen. Wir haben Hunderte von Anträgen gestellt; aber Sie waren in Berlin gegen alles, gegen jede Erhöhung, jede Kürzung; gegen alles haben Sie mobilisiert und geschrien, aber Sie haben nie einen Vorschlag gemacht. Das ist die schlechteste Opposition aller Zeiten gewesen.

Diese Bundesregierung hat es geschafft, dass es bei den erneuerbaren Energien endlich einen extremen Sprung gab. Die Kurve zeigt steil nach oben. Wir haben die geringste Kohleverstromung in Deutschland seit den 1950er-Jahren. Wir haben den geringsten CO₂-Ausstoß seit den 1960er-Jahren. Die Stromspeicher gehen steil nach oben. Wir haben es geschafft, die Windkraftblockade in Bayern zu brechen. Es geht

aufwärts in dem großen Zukunftsbereich, der uns noch herausfordern wird. Sie waren immer dagegen, und das wird leider wohl auch so bleiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kerstin Schreyer (CSU): Hochgeschätzter Herr Kollege Schuberl, die Menge an Anträgen ist nicht direkt proportional zur Qualität der Arbeit. Das merkt man im Besonderen, wenn man anschaut, was für Anträge von Ihnen kommen. Ich kann Ihnen nur eines sagen: Wir haben aktuell, egal wo Sie in Europa hinfahren, immer das schlechteste Ansehen, weil die Vertretung, wie wir Deutschen meinen, Außenpolitik zu machen, ist ein Albtraum,

(Zuruf des Abgeordneten Jürgen Mistol (GRÜNE))

wie wir meinen, Wirtschaftspolitik machen zu müssen, ist ein Albtraum.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Scheuer! Dobrindt!)

Ich kann Ihnen nur ganz ehrlich sagen: Mich wundert wirklich, wo Sie unterwegs sind; denn Sie sind es definitiv nicht bei den Bürgern in diesem Land. Die würden Ihnen das nämlich alles so bestätigen.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Schreyer. – Nächster Redner ist Herr Kollege Josef Lausch für die FREIEN WÄHLER.

Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Hochgeschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der Begriff "Schaufensterantrag" von SPD und GRÜNEN untertreibt eigentlich noch. Man muss da noch eine Leuchtreklame dazudenken, und jetzt, da wir in der Vorweihnachtszeit sind, noch – bling, bling – eine Lichterkette.

Ihre Anträge bezwecken eigentlich nur, von Verfehlungen, Versagen in Berlin von SPD und GRÜNEN – die FDP ist nicht mehr vertreten, weder in der Ampel-Regierung noch

hier im Bayerischen Landtag – abzulenken. Die Verfehlungen in der Energiepolitik, die die Ampel-Regierung sich geleistet haben, sind unbestritten.

Jetzt laufen diese Dringlichkeitsanträge darauf hinaus: Haltet den Dieb! – Jetzt ist auf einmal die Bayerische Staatsregierung schuld an dieser Situation. Was ist denn überhaupt passiert? Was ist der Hintergrund dieser Dringlichkeitsanträge? – Der Hintergrund ist nur, dass eine verantwortungsbewusste Bayerische Staatsregierung, ein verantwortungsbewusster Ministerpräsident laut darüber nachgedacht haben, ob es überhaupt möglich und sinnvoll ist, in die Kernkraft wieder einzusteigen.

(Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

Beschlossen ist nichts, und es ist nicht verboten, es ist nicht verwerflich, darüber nachzudenken und hier auch zu recherchieren und einfach zu schauen, was geht. Denkverbote

(Toni Schuberl (GRÜNE): Soll er halt leise denken!)

bestehen bei der Ampel-Regierung, bestehen bei Rot-Grün durchaus. Die sind uns fern und sind auch nicht zielführend.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Johannes Becher (GRÜNE): Aber man muss, was man sich denkt, doch sagen dürfen!)

– Auch wir FREIEN WÄHLER sehen Kernkraft durchaus kritisch, aber auch ohne Denkverbote. Man muss sich alle Wege offenlassen. Viele Wege führen nach Rom. Um nicht mehr und nicht weniger geht es.

(Zuruf des Abgeordneten Jürgen Mistol (GRÜNE))

Das Abschalten des Atomkraftwerks Isar 2 zum denkbar schlechtesten Zeitpunkt, ohne Hirn und Verstand, war, ist und bleibt ein Kardinalfehler, der unsere Wirtschaft

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Bravo!)

in Bayern, ja, in ganz Deutschland, nachhaltig be- und geschädigt hat.

(Johannes Becher (GRÜNE): Wie viel Geld ist denn das? Und wie groß ist der Schaden?)

– Ich sage es Ihnen, liebe SPD, liebe GRÜNE: Wenn Sie mit einem Finger –

(Unruhe)

– kann jemand mal das Gegengeräusch abschalten? –

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Das geht nicht!)

– auf die Bayerische Staatsregierung zeigen,

(Volkmar Halbleib (SPD): Das geht nicht! Urheberrecht!)

dann zeigen drei Finger – und das passt, weil ihr drei

(Zuruf: Ganz klar!)

ganz harmonische Parteien in der Berliner Ampel-Regierung wart – auf euch selbst.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Redezeit reicht gar nicht dazu aus,

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Doch!)

die Verfehlungen der Ampel-Regierung,

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Doch, du hast noch 19 Minuten!)

aber im Besonderen des Bundeswirtschaftsministers Robert Habeck aufzuzählen.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Du hast noch 19 Minuten! – Toni Schuberl

(GRÜNE): Ein Beispiel!)

Wenn ich ganz aktuell das letzte Video von Robert Habeck betrachte, bekommt der Begriff "Küchenkabinett" gleich wieder eine andere Bedeutung. Wo hat es das gegeben, dass ein Bundeswirtschaftsminister vom Küchentisch seiner Bekanntschaft Politik macht? – Ach, das ist schon – entschuldigen Sie – erbärmlich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Volkmar Halbleib (SPD): Die müssen wir einmal einladen! – Johannes Becher (GRÜNE): Das war ja kein Stammtisch!)

– Ein Stammtisch

(Johannes Becher (GRÜNE): Kein Bierzelt!)

ist nichts Verwerfliches, lieber Kollege Becher. Das ist nichts Verwerfliches.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Johannes Becher (GRÜNE): Ein Küchentisch auch nicht!)

– Ich schätze Sie sehr, Herr Kollege, aber wenn es um den Stammtisch geht

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

und wenn die Zeit – wir haben alle einen dichten Terminkalender – es erlaubt, glaube ich, ist es kein Schaden. Da wird zum größten Teil – das kommt zugegebenermaßen auch auf die Uhrzeit an – noch die Wahrheit gesprochen.

(Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

Aber die Liste an vertanen Chancen und Möglichkeiten des Bundeswirtschaftsministeriums oder der ganzen Bundesregierung ist lang. Als Energiepolitiker und Fachagrarwirt für erneuerbare Energien nenne ich einmal TenneT. Die niederländische Staatsregierung hat uns wirklich den Rückkauf von TenneT, dem größten Netzbetreiber quer durch Deutschland – der große Balken, das ist TenneT – angeboten. Man kann über Fehler der Vergangenheit diskutieren; aber wir schauen nach vorne, dass wir wichtigste Infrastruktur wieder in die öffentliche Hand bekommen. Die Bundesregierung nimmt

diese Möglichkeiten nicht wahr. Es ist hier, akkurat zum Zeitpunkt einer Anhörung, im Juli bekannt gegeben worden. Es ist wirklich ein Raunen durch den Saal gegangen, weil wir diese Chance verpasst haben. Wir haben sie nicht verpasst, sondern ihr.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Anderes Beispiel? – Uniper betreibt neben der österreichischen Verbund AG einen Großteil der bayerischen Wasserkraftwerke. Wasserkraft ist ein Bodenschatz, und wie wir alle wissen, hat Bayern nicht viele Bodenschätze. Ministerpräsident Söder hat beim Festakt 100 Jahre Walchenseekraftwerk – ein Jahrhundertwerk, Oskar von Miller war ein Genie – offensiv vor versammelter Prominenz angeboten: Bayern würde die Walchenseekraftwerke gerne zurückkaufen. Die Bundesregierung hat das abgelehnt. Jetzt gibt es aber Pläne, die Aktien von Uniper wieder auf dem freien Markt zu verkaufen, und hoffentlich werden sie auf Eis gelegt.

Meine lieben Freunde, da besteht doch die Riesengefahr, dass sich irgendein Investor, irgendeine Krake, die Anteile von Uniper kauft. Das ist verwerflich und hochgefährlich. Wasserkraft ist gleichzeitig auch Hochwasserschutz.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Eine Biomassestrategie war hier in diesem Saal, aber auch im Wirtschaftsausschuss schon oft Thema. Ein Drama, ein Trauerspiel, wie es Shakespeare nicht besser hätte darstellen können. Jede Biogasanlage, jede Holzvergaseranlage, jede Hackschnitzelheizung, die weiterläuft, verbessert mit jeder Kilowattstunde, mit jeder Betriebsstunde die CO₂-Bilanz um ein Vielfaches. Dazu kommt noch, dass jede Biogasanlage in der Dunkelflaute auch Strom liefert und auch flexibel liefert. Die Ausschreibungen sind aber so katastrophal, dass man tatsächlich unterstellen muss, und das unterstreicht auch die Körpersprache von Robert Habeck, dass Biogas und Biomasse nach Willen der Ex-Ampel abgewickelt werden muss. Es ist ein Trauerspiel. Ich bin selbst betroffen. Wir brauchen grundlastfähige Kraftwerke, aber nicht nur fossile Kraftwerke, sondern auch Wasserstoffkraftwerke.

Bundesnetzagentur – ein ähnliches Trauerspiel. Die allermeisten Beschwerden, die von Bürgern kommen, die eine PV-Anlage betreiben: Der Netzbetreiber kommt nicht in die Gänge. Wir als Landespolitiker können nur den Zeigefinger erheben; die Bundesnetzagentur könnte Druck auf die Netzbetreiber ausüben. Sie macht es nicht.

Eine Kraftwerksicherheitsstrategie ist beim Bund in der Pipeline. Diese war für September 2024 angedacht. Jetzt, im Dezember 2024, ist die Ausschreibung durch die Bundesnetzagentur geplant, und natürlich ist jetzt bis Juni 2025 alles im Ungefähren. Liebe Bundesregierung, liebe Bundesnetzagentur, das ist eine Todsünde und deswegen ist das Vertrauen in die Bundesregierung so zerstört.

(Johannes Becher (GRÜNE): Aufhören! Es wird 18:00 Uhr! Nicht dass wir nicht mehr abstimmen können!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nein, wir stimmen nicht mehr ab.

Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Man muss auch den Umgang von SPD und GRÜNEN mit Lobbyistenverbänden und NGOs hinterfragen. Gerade wenn ich auf der Spenderliste beim GRÜNEN-Parteitag, die ja auch einmal durch die Medienlandschaft gegangen ist, sehe, wer alles spendet und die GRÜNEN unterstützt, da fällt man vom Glauben ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dann sollen wir ernsthaft glauben, euch GRÜNEN geht es nur um die Sache? Ach, bitte schön! Wenn kleine Verbände mit 200 oder 300 Mitgliedern massiv Einfluss auf die Politik der Ampel-Regierung nehmen, dann muss man die demokratische Legitimierung der NGOs wirklich hinterfragen.

(Unruhe)

Zwischenfrage?

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ja. Gestatten Sie eine Zwischenfrage? – Das wäre dann die Frage von Herrn Kollegen Florian von Brunn.

Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Ja.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr von Brunn, Sie haben das Wort. Bitte sehr.

Florian von Brunn (SPD): Herr Kollege, nachdem Sie die namentliche Abstimmung jetzt erfolgreich weggeredet haben, will ich Sie aber nicht um 18:00 Uhr – –

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf von der SPD: Bravo!)

Wir zeigen, dass wir auch anders können: Wir lassen Sie jetzt auch noch nicht gehen. Ich wollte Sie auf den Irrtum aufmerksam machen, den Sie nicht weiterverbreiten sollten, nämlich dass es an der Ampel gelegen hat, dass man die Uniper Kraftwerke nicht gekauft hat.

(Michael Hofmann (CSU): Das ist keine Frage!)

Ich habe es von Ihnen selbst bestätigt, also von Ihrem Wirtschaftsministerium, das von Herrn Aiwanger geführt ist, dass keinerlei Verhandlungen zwischen dem bayerischen Wirtschaftsministerium und dem Uniper Management stattgefunden haben.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr von Brunn. Das ist keine Zwischenfrage, und damit ist die Frage beendet. Vielen Dank dafür. Herr Lausch, jetzt haben Sie noch elf Minuten Redezeit.

(Heiterkeit)

Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Hier steht Aussage gegen Aussage, aber ich nehme Ihre Frage an.

(Heiterkeit)

Ich möchte die Geduld der Mitglieder dieses hochgeschätzten Hohen Haus nicht weiter strapazieren.

(Zuruf von der CSU: Bravo! – Allgemeiner Beifall – Heiterkeit)

Bayern hat eine Speicherstrategie. Wir geben 100 Millionen Euro für die Kernfusion aus. Wir haben ein Forschungsprogramm für Energien. Wir sind gut aufgestellt. Wir brauchen uns nicht maßregeln zu lassen von Rot, von Grün oder sonst irgendwem. Ich wünsche einen schönen Feierabend. Danke für die Aufmerksamkeit. Dieser Antrag wäre abzulehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Sind Sie wirklich schon fertig, Herr Kollege Lausch? – Sie haben jetzt 9 Minuten 55 Sekunden hergeschenkt.

(Heiterkeit)

Die Anträge, die eben diskutiert wurden, werden dann in der nächsten Plenarsitzung abgestimmt. Das sind die Anträge auf den Drucksachen 19/4114, 19/4115, 19/4146 und 19/4147.

Die heute nicht behandelten Dringlichkeitsanträge gehen an die Ausschüsse: Die Anträge auf den Drucksachen 19/4116, 19/4148, 19/4117 und 19/4118 sowie die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/4119 mit 19/4121 werden in den jeweils federführenden Ausschuss verwiesen.

Danke für die engagierte Debatte. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 18:03 Uhr)



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Kerstin Schreyer, Andreas Schalk, Daniel Artmann, Dr. Stefan Ebner, Dr. Ute Eiling-Hütig, Patrick Grossmann, Petra Guttenberger, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Andreas Kaufmann, Stefan Meyer, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Thomas Pirner, Tobias Reiß, Jenny Schack, Josef Schmid, Sascha Schnürer, Dr. Harald Schwartz, Karl Straub, Steffen Vogel, Josef Zellmeier** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Felix Locke, Josef Lausch, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 19/4147

Vernunft statt Ideologie – für eine Energiepolitik für Unternehmen und Verbraucher

Der Landtag stellt fest, dass die energiepolitischen Weichenstellungen der noch amtierenden Bundesregierung die Strompreise in Deutschland erheblich in die Höhe getrieben haben. Dies wirkt sich auf die Standortbedingungen in Deutschland massiv negativ aus, führt zu Betriebsschließungen und zum Verlust von Arbeitsplätzen. Zentrale und für eine resiliente Wirtschaft dringend benötigte Industriezweige wie die Grundstoffchemie oder die Stahlerzeugung wandern ab.

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Staatsregierung auf, sich gegenüber der Bundesregierung weiterhin dafür einzusetzen, dass im Sinne einer ideologiefreien Energiepolitik jetzt zeitnahe Maßnahmen für Versorgungssicherheit, Netzstabilität und bezahlbare Energiepreise für Unternehmen und Verbraucher auf den Weg gebracht werden.

Dazu gehört insbesondere:

- Zur Entlastung aller Unternehmen und von Verbrauchern sind die dauerhafte Absenkung der Stromsteuer auf das EU-rechtliche Minimum, die Einführung eines effizienten Brückenstrompreises für energieintensive Unternehmen sowie die schon versprochenen, aber nicht umgesetzten Bundeszuschüsse zu den Übertragungsnetzentgelten notwendig.

- Zur Gewährleistung der jederzeitigen Stromversorgung sowie zur Sicherung der Netzstabilität ist ein ausbalanciertes System mit grundlastfähigen Energieträgern notwendig. Statt einseitiger, ideologiegetriebener Eingriffe ist die Gestaltung eines klugen, nachhaltigen Energiemixes wichtig, der alle zukunftsfähigen Energieträger mitdenkt: Neben dem Ausbau erneuerbarer Energien (dazu gehören auch Geothermie und Biomasse) und dem Bau von wasserstofffähigen Gaskraftwerken, müssen auch die Erforschung von CO₂-sparenden Technologien wie die Kernfusion oder kleinere, modulare Reaktoren und Mikro-Reaktoren (SMRs) vorangetrieben werden.

Die Präsidentin

I.V.

Ludwig Hartmann

IV. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Dringlichkeitsanträge aus der Plenarsitzung vom 28. November 2024

Es handelt sich dabei um die Abstimmungen zu den vier Dringlichkeitsanträgen, über die wir in der letzten Sitzung aus Zeitgründen nicht mehr abstimmen konnten. Einzelheiten entnehmen Sie bitte der Tagesordnung.

Wie bereits zu Beginn der Sitzung bekannt gegeben, wurde zum Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/4115, zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/4146 sowie zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CSU und FREIE WÄHLER auf Drucksache 19/4147 jeweils namentliche Abstimmung beantragt.

Ich lasse zuerst in einfacher Form über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Atompolitische Geisterfahrt beenden!" auf Drucksache 19/4114 abstimmen.

Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen nun zu den drei namentlichen Abstimmungen. Diese finden in elektronischer Form statt.

Ich beginne mit der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Kein Rückschritt in der Energiepolitik: Bremsen für Erneuerbare lösen und Industrie entlasten statt realitätsfremder Atom-Nostalgie!" auf Drucksache 19/4115. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 15:29 bis 15:32 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, hatten alle Abgeordneten die Möglichkeit, abzustimmen? – Das scheint der Fall zu sein. Dann schließe ich hiermit diese Abstimmung.

Wir fahren mit der namentlichen Abstimmung über den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Energiepolitische Geisterfahrt beenden – Ja zur sicheren, günstigen und umweltfreundlichen Kernkraft!" auf Drucksache 19/4146 fort. Die Abstimmungszeit beträgt jetzt zwei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 15:33 bis 15:35 Uhr)

Werte Kolleginnen und Kollegen, hatten alle die Möglichkeit, abzustimmen? – Ich höre nichts Gegenteiliges. Dann scheint das der Fall zu sein. Damit schließe ich die namentliche Abstimmung.

Schließlich kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER betreffend "Vernunft statt Ideologie – für eine Energiepolitik für Unternehmen und Verbraucher" auf Drucksache 19/4147. Die Abstimmungszeit beträgt wiederum zwei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 15:35 bis 15:37 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, falls ich nichts anderes vernehme, gehe ich davon aus, dass wiederum alle Abgeordneten die Gelegenheit hatten, abzustimmen. – Damit schließe ich diese namentliche Abstimmung.

Das Ergebnis der namentlichen Abstimmungen wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und in Kürze hier bekannt gegeben.

(...)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Bevor wir zum nächsten Redebeitrag kommen, gebe ich die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen bekannt, zunächst zum Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Kein Rückschritt in der Energiepolitik: Bremsen für Erneuerbare lösen und Industrie entlasten statt realitätsfremder Atom-Nostalgie!", Drucksache 19/4115. Mit Ja haben 37 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 120 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

(Anna Rasehorn (SPD): Das ist schade!)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Das Ergebnis des nachgezogenen Dringlichkeitsantrags der AfD-Fraktion betreffend "Energiepolitische Geisterfahrt beenden – Ja zur sicheren, günstigen und umweltfreundlichen Kernkraft!", Drucksache 19/4146: Mit Ja haben 25 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 133 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Das Ergebnis des nachgezogenen Dringlichkeitsantrags der Fraktionen CSU und FREIE WÄHLER betreffend "Vernunft statt Ideologie – für eine Energiepolitik für Unternehmen und Verbraucher" auf Drucksache 19/4147: Mit Ja haben 96 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 39 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: 25 Abgeordnete. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 03.12.2024 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Griebshammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn u. a. und Fraktion SPD; Kein Rückschritt in der Energiepolitik: Bremsen für Erneuerbare lösen und Industrie entlasten statt realitätsfremder Atom-Nostalgie! (Drucksache 19/4115)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin	X			Eberwein Jürgen		X	
Aigner Ilse		X		Dr. Ebner Stefan		X	
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin		X	
Arnold Dieter		X		Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Arnold Horst	X			Eisenreich Georg		X	
Artmann Daniel		X		Enders Susann		X	
Atzinger Oskar		X					
				Fackler Wolfgang		X	
Bäumler Nicole	X			Fehlner Martina	X		
Bauer Volker		X		Feichtmeier Christiane	X		
Baumann Jörg		X		Flierl Alexander			
Baumgärtner Jürgen		X		Freller Karl		X	
Baur Konrad				Freudenberger Thorsten		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Friedl Patrick	X		
Becher Johannes	X			Friesinger Sebastian		X	
Beck Tobias		X		Frühbeißer Stefan		X	
Becker Barbara				Fuchs Barbara	X		
Dr. Behr Andrea		X		Füracker Albert			
Behringer Martin		X					
Beißwenger Eric				Gerlach Judith		X	
Bergmüller Franz		X		Gießübel Martina		X	
Bernreiter Christian				Glauber Thorsten			
Birzele Andreas	X			Goller Mia	X		
Blume Markus				Gotthardt Tobias		X	
Böhm Martin		X		Graupner Richard		X	
Bötl Maximilian		X		Griebshammer Holger			
Bozoglu Cemal				Grob Alfred		X	
Brannekämper Robert		X		Groß Johann		X	
von Brunn Florian				Gross Sabine	X		
Dr. Brunnhuber Martin		X		Grossmann Patrick		X	
Dr. Büchler Markus	X			Guttenberger Petra		X	
Celina Kerstin				Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
				Halbleib Volkmar			
Deisenhofer Maximilian	X			Halemba Daniel			
Demirel Gülseren				Hanna-Krahl Andreas			
Dierkes Rene		X		Hartmann Ludwig	X		
Dierl Franc		X		Hauber Wolfgang		X	
Dr. Dietrich Alexander		X		Heinisch Bernhard		X	
Dietz Leo				Heisl Josef		X	
Dorow Alex				Dr. Herrmann Florian		X	
Dremel Holger		X		Herrmann Joachim			
Dünkel Norbert		X		Hierneis Christian	X		
				Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas			
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Martin		X	
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas			
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas		X	
Kirchner Sandro		X	
Knoblach Paul	X		
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian		X	
Kohler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva	X		
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar		X	
Locke Felix		X	
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer			
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Dr. Mehring Fabian			
Meier Johannes		X	
Meußgeier Harald		X	
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Müller Johann		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike		X	
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter			
Dr. Oetzingler Stephan		X	
Osgyan Verena			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazzolo Michael		X	
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia			
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna	X		
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus	X		
Rittel Anton			
Roon Elena			
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner		X	
Schmid Franz		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich			
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Stadler Ralf		X	
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna			
Storm Ramona			
Straub Karl		X	
Streibl Florian			
Striedl Markus		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias			
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von Waldenfels Kristan		X	
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura			
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland			
Weitzel Katja			
Widmann Jutta			
Winhart Andreas		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von Zobel Felix		X	
Zöller Thomas			
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	37	120	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 03.12.2024 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion AfD; Energiepolitische Geisterfahrt beenden - Ja zur sicheren, günstigen und umweltfreundlichen Kernkraft! (Drucksache 19/4146)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin		X		Eberwein Jürgen		X	
Aigner Ilse		X		Dr. Ebner Stefan			
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin	X		
Arnold Dieter	X			Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Arnold Horst		X		Eisenreich Georg		X	
Artmann Daniel		X		Enders Susann		X	
Atzinger Oskar	X						
				Fackler Wolfgang		X	
Bäumler Nicole		X		Fehlner Martina		X	
Bauer Volker		X		Feichtmeier Christiane		X	
Baumann Jörg	X			Flierl Alexander		X	
Baumgärtner Jürgen		X		Freller Karl		X	
Baur Konrad				Freudenberger Thorsten		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Friedl Patrick		X	
Becher Johannes		X		Friesinger Sebastian		X	
Beck Tobias		X		Frühbeißer Stefan		X	
Becker Barbara				Fuchs Barbara		X	
Dr. Behr Andrea		X		Füracker Albert			
Behringer Martin		X					
Beißwenger Eric				Gerlach Judith		X	
Bergmüller Franz	X			Gießübel Martina		X	
Bernreiter Christian				Glauber Thorsten			
Birzele Andreas		X		Goller Mia		X	
Blume Markus				Gotthardt Tobias		X	
Böhm Martin	X			Graupner Richard	X		
Börtl Maximilian		X		Grießhammer Holger			
Bozoglu Cemal				Grob Alfred		X	
Brannekämper Robert		X		Groß Johann		X	
von Brunn Florian				Gross Sabine		X	
Dr. Brunnhuber Martin		X		Grossmann Patrick		X	
Dr. Büchler Markus		X		Guttenberger Petra		X	
Celina Kerstin		X		Prof. Dr. Hahn Ingo	X		
				Halbleib Volkmar			
Deisenhofer Maximilian		X		Halemba Daniel			
Demirel Gülseren				Hanna-Krahl Andreas			
Dierkes Rene	X			Hartmann Ludwig		X	
Dierl Franc		X		Hauber Wolfgang		X	
Dr. Dietrich Alexander		X		Heinisch Bernhard		X	
Dietz Leo		X		Heisl Josef		X	
Dorow Alex				Dr. Herrmann Florian		X	
Dremel Holger		X		Herrmann Joachim			
Dünkel Norbert		X		Hierneis Christian		X	
				Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas			
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Martin	X		
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas			
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas		X	
Kirchner Sandro		X	
Knoblach Paul		X	
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia		X	
Köhler Florian	X		
Kohler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne		X	
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva		X	
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar	X		
Locke Felix		X	
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer			
Magerl Roland	X		
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd	X		
Dr. Mehring Fabian			
Meier Johannes	X		
Meußgeier Harald	X		
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin		X	
Müller Johann	X		
Müller Ruth		X	
Müller Ulrike		X	
Nolte Benjamin	X		
Nussel Walter			
Dr. Oetzingler Stephan		X	
Osgyan Verena			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. Piazzolo Michael		X	
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard	X	X	
Post Julia			
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna		X	
Rauscher Doris		X	
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus		X	
Rittel Anton			
Roon Elena			
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin	X	X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry		X	
Schießl Werner		X	
Schmid Franz	X		
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schnotz Helmut			
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina		X	
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian			
Singer Ulrich			
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula		X	
Stadler Ralf	X		
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna			
Storm Ramona			
Straub Karl		X	
Streibl Florian			
Striedl Markus	X		
Dr. Strohmayer Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele		X	
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias			
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus	X		
Freiherr von Waldenfels Kristan		X	
Waldmann Ruth		X	
Weber Laura		X	
Dr. Weigand Sabine		X	
Weigert Roland			
Weitzel Katja			
Widmann Jutta			
Winhart Andreas	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von Zobel Felix		X	
Zöller Thomas			
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	25	133	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 03.12.2024 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion CSU, der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Josef Lausch u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Vernunft statt Ideologie - für eine Energiepolitik für Unternehmen und Verbraucher (Drucksache 19/4147)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin		X		Eberwein Jürgen	X		
Aigner Ilse	X			Dr. Ebner Stefan	X		
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin			X
Arnold Dieter			X	Dr. Eiling-Hütig Ute	X		
Arnold Horst		X		Eisenreich Georg	X		
Artmann Daniel	X			Enders Susann	X		
Atzinger Oskar			X				
				Fackler Wolfgang	X		
Bäumler Nicole		X		Fehlner Martina		X	
Bauer Volker	X			Feichtmeier Christiane		X	
Baumann Jörg			X	Flierl Alexander	X		
Baumgärtner Jürgen				Freller Karl	X		
Baur Konrad				Freudenberger Thorsten	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X			Friedl Patrick		X	
Becher Johannes		X		Friesinger Sebastian	X		
Beck Tobias	X			Frühbeißer Stefan	X		
Becker Barbara				Fuchs Barbara		X	
Dr. Behr Andrea	X			Füracker Albert			
Behringer Martin	X						
Beißwenger Eric				Gerlach Judith	X		
Bergmüller Franz			X	Gießübel Martina	X		
Bernreiter Christian				Glauber Thorsten			
Birzele Andreas		X		Goller Mia		X	
Blume Markus				Gotthardt Tobias	X		
Böhm Martin			X	Graupner Richard			X
Bötl Maximilian	X			Grießhammer Holger			
Bozoglu Cemal		X		Grob Alfred	X		
Brannekämper Robert	X			Groß Johann	X		
von Brunn Florian				Gross Sabine		X	
Dr. Brunnhuber Martin	X			Grossmann Patrick	X		
Dr. Büchler Markus		X		Guttenberger Petra	X		
Celina Kerstin		X		Prof. Dr. Hahn Ingo			X
				Halbleib Volkmar			
Deisenhofer Maximilian		X		Halemba Daniel			
Demirel Gülseren				Hanna-Krahl Andreas			
Dierkes Rene			X	Hartmann Ludwig		X	
Dierl Franc	X			Hauber Wolfgang	X		
Dr. Dietrich Alexander	X			Heinisch Bernhard	X		
Dietz Leo	X			Heisl Josef	X		
Dorow Alex				Dr. Herrmann Florian	X		
Dremel Holger	X			Herrmann Joachim			
Dünkel Norbert	X			Hierneis Christian		X	
				Högl Petra	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael	X		
Hold Alexander	X		
Holetschek Klaus	X		
Holz Thomas			
Dr. Hopp Gerhard	X		
Huber Martin			X
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas	X		
Huml Melanie	X		
Jäckel Andreas	X		
Jakob Marina	X		
Jungbauer Björn	X		
Jurca Andreas			
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas	X		
Kirchner Sandro	X		
Knoblach Paul		X	
Knoll Manuel	X		
Köhler Claudia		X	
Köhler Florian			X
Kohler Jochen	X		
Koller Michael	X		
Konrad Joachim	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kühn Harald	X		
Kurz Sanne		X	
Lausch Josef	X		
Lettenbauer Eva		X	
Lindinger Christian	X		
Lipp Oskar			X
Locke Felix	X		
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra	X		
Ludwig Rainer			
Magerl Roland			X
Maier Christoph			X
Mang Ferdinand			X
Mannes Gerd			X
Dr. Mehring Fabian			
Meier Johannes			X
Meußgeier Harald			X
Meyer Stefan	X		
Miskowitsch Benjamin	X		
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin	X		
Müller Johann			X
Müller Ruth		X	
Müller Ulrike	X		
Nolte Benjamin			X
Nussel Walter			
Dr. Oetzingler Stephan	X		
Osgyan Verena			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. Piazzolo Michael	X		
Pirner Thomas	X		
Pohl Bernhard	X		
Post Julia			
Preidl Julian	X		
Rasehorn Anna		X	
Rauscher Doris		X	
Reiß Tobias	X		
Rinderspacher Markus		X	
Rittel Anton			
Roon Elena			
Saller Markus	X		
Schack Jenny	X		
Schalk Andreas	X		
Scharf Martin	X		
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry		X	
Schießl Werner	X		
Schmid Franz			X
Schmid Josef	X		
Schmidt Gabi	X		
Schnotz Helmut	X		
Schnürer Sascha	X		
Schöffel Martin			
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer Kerstin	X		
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina		X	
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Seidenath Bernhard	X		
Siekmann Florian			
Singer Ulrich			
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula		X	
Stadler Ralf			X
Stieglitz Werner	X		
Stock Martin	X		
Stolz Anna			
Storm Ramona			
Straub Karl	X		
Streibl Florian			
Striedl Markus			X
Dr. Strohmayer Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Tomaschko Peter	X		
Toso Roswitha	X		
Trautner Carolina	X		
Triebel Gabriele		X	
Vogel Steffen	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias			
Wachler Peter	X		
Wagle Martin	X		
Walbrunn Markus			X
Freiherr von Waldenfels Kristan	X		
Waldmann Ruth		X	
Weber Laura		X	
Dr. Weigand Sabine		X	
Weigert Roland			
Weitzel Katja			
Widmann Jutta			
Winhart Andreas			X
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno	X		
Freiherr von Zobel Felix	X		
Zöller Thomas			
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	96	39	25